



## 1.2 Nicht zuwendungsfähige, anteilige Investitionsausgaben wegen Abzugsflächen

	Bearbeitungsvermerke der Bewilligungsbehörde
<p>1.2.1 Nicht zuwendungsfähig sind die anteiligen Investitionsausgaben angegliederter Forstbetriebe des Bundes und der Länder sowie juristischer Personen des Privatrechts, deren Kapitalvermögen sich zu mindestens 25 v.H. in Händen von Bund und Ländern befindet (Nr. 5.3 FORSTZUSR 2026).</p> <p>An der Gesamt-Mitgliedsfläche des FZus sind solche nicht förderfähigen Forstbetriebe beteiligt?</p> <p>ja                      nein</p> <p><b>Wenn Ja:</b></p> <p>Die Mitgliedsfläche dieser Forstbetriebe in Bayern beträgt:                      ha                      ha</p>	
<p>1.2.2 Nicht zuwendungsfähig sind die anteiligen Investitionsausgaben für Mitgliedsflächen außerhalb Bayerns (Nr. 2 FORSTZUSR 2026).</p> <p>An der Gesamt-Mitgliedsfläche des FZus sind solche nicht förderfähigen Flächen außerhalb Bayerns beteiligt?</p> <p>ja                      nein</p> <p><b>Wenn Ja:</b></p> <p>Die Mitgliedsfläche außerhalb Bayerns beträgt:                      ha                      ha</p>	
<p>1.2.3 Gesamt-Mitgliedsfläche des FZus</p> <p>Stand zum 31.12. des vorhergehenden Kalenderjahres</p> <p>(= Förderjahres)                      ha                      ha</p>	
<p>1.2.4 Herleitung des Abzugsprozents</p> <p>(Summe der nicht zuwendungsfähigen Flächen 1.2.1 + 1.2.2 [ha]</p> <p>dividiert durch die Gesamt-Mitgliedsfläche [ha] nach 1.2.3 in Prozent                      %                      %</p>	
<p><b>Ergebnis nicht zuwendungsfähige, anteilige Investitionsausgaben wegen Abzugsflächen</b></p> <p>Grundsätzlich zuwendungsfähige Ausgaben (Netto) aus 1.1 multipliziert mit dem Abzugsprozent aus dem nicht zuwendungsfähigen Flächenanteil nach 1.2.4                      €                      €</p>	

## 1.3 Zuwendungsfähige Investitionsausgaben (Netto)

<p>Grundsätzlich zuwendungsfähige Ausgaben (Netto) aus 1.1 abzüglich der nicht zuwendungsfähigen, anteiligen Investitionsausgaben nach 1.2                      €                      €</p>	
--	--

## 2. Finanzierungsplan

	Förder- satz	Betrag in €	Anerkannter Betrag in €
2.1 Gesamtausgaben (Netto)			
2.2 Zuwendungsfähige Investitionsausgaben (Netto) (entspricht Nr. 1.3)			
2.3 Errechneter maximaler Zuschuss	40 %		
2.4 Beantragter maximaler Zuschuss <sup>1</sup>			
2.5 Eigene Finanzierungsmittel			
2.6 Andere Finanzierungsmittel (Mittel von Dritten)			

<sup>1</sup> Führt ein Antrag zur Überschreitung des Höchstbetrags, kann nur noch der bis zum Höchstbetrag von 300.000 € im taggenauen Dreijahreszeitraum offene Betrag bewilligt werden, der darüber hinaus gehende Betrag ist abzulehnen.

### 3. Erklärungen

1. Der FZus beschäftigt auf sozialversicherungspflichtiger Grundlage bzw. als FV evtl. im Geschäftsbesorgungsmodell während des gesamten unter Nr. 2 dieses Antrages genannten Kalenderjahres forstfachlich qualifiziertes Personal (siehe Nr. D 2.1 des Merkblattes zur Projektförderung).
2. Für das Vorhaben wurden keine weiteren öffentlichen Fördermittel beantragt und werden auch keine beantragt (Darlehen der Landwirtschaftlichen Rentenbank oder den Förderbanken des Landes Bayern können jedoch in Anspruch genommen werden).
3. Mit der Ausführung des Vorhabens wurde noch nicht begonnen.
4. Die Zustimmung zum vorzeitigen Maßnahmenbeginn wird beantragt.
5. Der Antrag enthält keine Aufwendungen, die im Rahmen der Allgemeinen Maßnahmen zur Arbeitsbeschaffung (AGHMAE) gefördert werden oder für die Anspruch auf Förderung nach dem Arbeitsförderungsgesetz bestehen.
6. Das Investitionsgut wird ausschließlich für satzungsgemäße Zwecke genutzt.
7. Der FZus ist nicht vom EU-Sanktionspaket gegen Russland betroffen (siehe Infoblatt zu den Russlandsanktionen).
8. Mir ist bekannt, dass
  - kein Rechtsanspruch auf die Förderung besteht. Dies gilt auch, wenn eine Zustimmung zum vorzeitigen Maßnahmenbeginn erteilt wird. Die Zuwendungen aus diesem Programm stellen freiwillige Leistungen dar. Diese können nur insoweit bewilligt werden, als dafür Haushaltsmittel zur Verfügung stehen. Unter Umständen kann daher ein Zuwendungsantrag wegen Überzeichnung des Förderprogramms nicht mehr bewilligt werden.
  - eine gleichzeitige Inanspruchnahme von Zuwendungen aus verschiedenen nationalen öffentlichen Förderprogrammen nur zulässig ist, wenn mit der Förderung unterschiedliche Zwecke verfolgt werden, hierauf ein Rechtsanspruch besteht oder in diesen Programmen etwas anderes bestimmt ist.
  - bei Einsatz anderer öffentlicher Mittel die Gesamtsumme der Zuschüsse (inklusive Mittel des Bundes und der EU) 90 v. H. der zuwendungsfähigen Ausgaben nicht überschreiten darf.
  - mit einer Kürzung bis hin zum vollständigen Verlust bzw. hin zur vollständigen Rückforderung der Zuwendung zu rechnen ist, wenn
    - die Zuwendung durch unrichtige oder unvollständige Angaben erwirkt wird,
    - nicht förderfähige Ausgaben geltend gemacht werden,
    - Mittel zweckwidrig verwendet werden,
    - gegen Auflagen und Verpflichtungen im Zusammenhang mit dem Erhalt der Förderung verstoßen wird
    - oder ein vergleichbar schwerwiegender anderer Grund vorliegt.
  - die Angaben im Antrag (mit Ausnahme der Felder Telefon und Fax/Mail) und in den mit dem Antrag eingereichten Unterlagen/Nachweisen subventionserheblich im Sinne des § 264 Strafgesetzbuch i. V. m. Art. 1 Bayerisches Strafrechtsausführungsgesetz (BayStrAG) und § 2 Subventionsgesetz (SubvG) sind und wegen Subventionsbetrug bestraft wird
    - wer über subventionserhebliche Tatsachen unrichtige oder unvollständige Angaben macht
    - oder den Subventionsgeber über subventionserhebliche Tatsachen in Unkenntnis lässt.
  - die Bewilligungsbehörde, das Bayerische Staatsministerium für Ernährung, Landwirtschaft und Forsten einschließlich seiner nachgeordneten Behörden und der Bayerische Oberste Rechnungshof das Recht haben, die Voraussetzungen für die Gewährung der Förderung durch Besichtigung an Ort und Stelle und durch Einsichtnahme in Bücher und sonstige Belege oder Förderanträge entweder selbst zu prüfen oder durch Beauftragte prüfen zu lassen.
9. Ich verpflichte mich,
  - Unterlagen, die für die Bemessung der Förderung von Bedeutung sind, mindestens bis zum Ablauf der Zweckbindung aufzubewahren. Längere Aufbewahrungsfristen nach anderen Vorschriften bleiben unberührt.
  - jede Änderung, die Auswirkungen auf die Förderungsberechtigung bzw. die Förderhöhe hat, unverzüglich der Bewilligungsstelle schriftlich mitzuteilen.
  - bei nicht baugenehmigungspflichtigen Anlagen, die Bestandteil des geförderten Vorhabens sind, die fachrechtlichen Vorgaben einzuhalten.

### 4. De-minimis-Beihilfe

Die Förderung erfolgt als De-minimis-Beihilfe, sodass die Vorgaben dieser Regelung einzuhalten sind. Die erforderliche De-minimis-Erklärung ist dem Verwendungsnachweis/Zuschussabruf beizulegen.

## 5. Hinweise zum Datenschutz

Die mit dem Antrag einschl. Anlagen erhobenen personenbezogenen Daten werden durch das Bayerische Staatsministerium für Ernährung, Landwirtschaft Forsten und Tourismus und das jeweils zuständige Amt für Ernährung, Landwirtschaft und Forsten für folgende Zwecke verarbeitet:

- zur Feststellung der Förderberechtigung und -höhe, sowie zur Abwicklung der Förderung,
- für entsprechende Kontrollen, allgemein zur Prüfung des Fachrechts und für die Überwachung der Mittelauszahlung,
- zur Erstellung vorgeschriebener Berichte.

Die Daten werden außerdem an die zuständige Kasse des Landes Bayern im Rahmen der Auszahlungen weitergeleitet.

Sie erhalten weitere Informationen zum Datenschutz und zu Ihren Rechten betreffend die Verarbeitung Ihrer personenbezogenen Daten:

- durch das Bayerische Staatsministerium für Ernährung, Landwirtschaft, Forsten und Tourismus im Internet unter [www.stmelf.bayern.de/datenschutz](http://www.stmelf.bayern.de/datenschutz),
- durch das für Sie zuständige Amt für Ernährung, Landwirtschaft und Forsten im Internetauftritt des für Sie zuständigen Amtes für Ernährung, Landwirtschaft und Forsten unter „Datenschutz“.

Die Rechtsgrundlage der Verarbeitung der erhobenen Daten ergibt sich aus der FORSTZUSR 2026, in Verbindung mit Art. 6 Abs. 1 Buchst. e der Datenschutzgrundverordnung (DSGVO).

Sie erhalten Informationen zum Datenschutz betreffend die Verarbeitung Ihrer personenbezogenen Daten

- durch das Bayerische Staatsministerium für Ernährung, Landwirtschaft und Forsten im Internet unter **[www.stmelf.bayern.de/datenschutz](http://www.stmelf.bayern.de/datenschutz)**
- durch das für Sie zuständige Amt für Ernährung, Landwirtschaft und Forsten im Internetauftritt des für Sie zuständigen Amtes für Ernährung, Landwirtschaft und Forsten unter „Datenschutz“.

## 6. Hinweis auf steuerrechtliche Mitteilungspflichten

Nach der Mitteilungsverordnung sind staatliche Behörden in bestimmten Fällen dazu verpflichtet, die Finanzämter über Zahlungen zu informieren, die an Bürgerinnen und Bürger oder an Unternehmen geleistet wurden. Diese Mitteilungspflicht erstreckt sich dabei auch auf die Zahlungen im Rahmen der FORSTZUSR 2026. Soweit Ihnen eine Zuwendung gewährt wird, werden daher dem örtlich zuständigen Finanzamt im Regelfall folgende Informationen übermittelt, damit die Finanzverwaltung die Zahlungen steuerrechtlich beurteilen kann:

- Name (Familienname, Vorname bzw. Bezeichnung der Firma) des Zahlungsempfängers, inkl. Adresse und bei natürlichen Personen das Geburtsdatum
- steuerliches Identifikationsmerkmal
- Bewilligungsbehörde, Rechtsgrund der Zahlung
- Höhe und der Tag der Zahlung
- Zeitraum für den die Zahlung gewährt wird
- Bankverbindung für das Konto, auf das die Leistung erbracht wurde.

Wir weisen darauf hin, dass die steuerrechtlichen Aufzeichnungs- und Erklärungspflichten gegenüber den Finanzbehörden – unabhängig von der Informationsweitergabe durch die Landwirtschafts-/Forstverwaltung – von Ihnen eigenverantwortlich zu beachten sind.

Den Wortlaut der Mitteilungsverordnung finden Sie hier: **[www.gesetze-im-internet.de/mv/MV.pdf](http://www.gesetze-im-internet.de/mv/MV.pdf)**.

### Ich versichere, dass ich

das Merkblatt zu den Investitionen der FZus nach Nr. 2.1 FORSTZUSR 2026,

das Merkblatt zur Verordnung (EU) Nr. 2023/2831 der Kommission De-minimis-Beihilfen (Gewerbe) sowie

die Anlage „Erklärung zum Antrag auf Gewährung einer De-minimis-Beihilfe (Gewerbe) gem. Verordnung (EU) 2023/2831“

**erhalten, von den Verpflichtungen und Hinweisen Kenntnis genommen habe und die in diesem Antrag und dessen Anlagen enthaltenen Angaben richtig und vollständig sind.**

Ort, Datum

Unterschrift Vertretungsberechtigte/r oder Bevollmächtigte/r

Bitte Funktion angeben und ggf. Nachweis beifügen.

### Prüfvermerke der Bewilligungsbehörde:

Die forstfachlichen Voraussetzungen für eine Förderung sind erfüllt.	Die Flächenangaben des FZus zu Abzugsflächen (Nr. 1.2.1 und 1.2.2 des Antrags) wurden stichprobenartig geprüft und plausibilisiert.	Die Kreditor- und Bankdaten wurden geprüft/aktualisiert.
Datum, Nz. FZusK		Datum, Nz. SB
Mit der Maßnahme wurde noch nicht begonnen.	Die Wirtschaftlichkeit der Maßnahme ist gegeben.	Die Einhaltung der Förderbegrenzung (Höchstbetrag, Bagatellgrenze, etc.) wurde geprüft.
Datum, Nz. FZusK		Datum, Nz. SB
Antragsunterlagen und Anlagen gemäß Anlagenverzeichnis sind aktuell und vollständig.	Die Antragsunterlagen sind vollständig und unterschrieben (Bestätigung über den Erhalt des Merkblattes liegt vor).	Der Antrag wurde in WPK vorge-merkt.
Datum, Nz. FZusK		Datum, Nz. SB
Die Herleitung des nicht zuwendungsfähigen Flächenanteils sowie des Abzugsprozents ist korrekt.	Antragsberechtigung liegt vor.	Bei Anträgen nach Nr. 2.1.1 FORSTZUSR 2026: Das StMELF wurde vor Erteilung einer ZvM informiert.
Datum, Nz. FZusK		Datum, Nz. SB

### Sonstige Hinweise/Bemerkungen:

--